

Parlament und Ernährungsamt.

Dem Abgeordnetenhaus liegt seit gestern der Bericht des Budgetausschusses über das Amt für Volksernährung vor. Als Berichterstatter fungiert Abg. Kraft.

Der Bericht faßt vor allem die Beratung in der Weise zusammen, daß aus den gestellten Fragen und deren Beantwortung sich das Ergebnis herausstelle, ob das Amt für Volksernährung seinen Aufgaben gewachsen sei oder nicht. Die Beantwortung dieser Frage ist jedoch keine einfach bejahende, und die Empfehlung der Annahme durch den Budgetausschuß stellt gewissermaßen ein politisches Ergebnis dar.

Die Ausschußberatung und Beschlußfassung erging sich vor allem auf dem Gebiet grundsätzlich verschiedener Weltanschauung. Gefragt von grundsätzlichen Verschiedenheiten der leitenden Ideen bewegten sich die Ausführungen der Sozialdemokraten, dann jene der bürgerlichen Vertreter, die der Agrarier und Städtevertreter, auf teilweise verschiedenen Bahnen. Dem Ernährungsminister W. Söfer fiel die unbahnbare Aufgabe der Verteidigung und Versöhnung der Gegensätze zu. Die meisten Redner traten für ein Ernährungsministerium ein, das seinen verantwortlichen Platz vollberechtigt im Räte der Krone zu finden hat und das mit allen Attributen der vollziehenden Gewalt ausgestattet wäre.

Die Ausschußberatung wurde departementweise gegliedert, damit das Abgeordnetenhaus in die Lage kommt, eventuell zu allen einzelnen Abteilungen Stellung zu nehmen. Ueber die einzelnen Departements wurden verschiedene Beschlüsse erhoben. Hinsichtlich der Geos wurde festgestellt, daß der Einfluß des Volksernährungsamtes hier entschieden in ganz unangenehmer Weise eingegriffen hat. Bei Besprechung der Preisregelung und der Zentralprüfstelle wurde dem Amte der Vorwurf gemacht, daß es mit unzureichenden Mitteln zur Umrüstung unzureichende Ziele anstrebte.

Ueber die Verteilung der Lebensmittelbeute in Venetien sagt der Bericht unter anderem: „Auf die Anfrage eines Mitgliedes (Abg. Renfer) über die Verteilung der Lebensmittelbeute in Venetien berichtete der Minister, daß in diesen Gebieten vorerst eine geordnete Verwaltung eingeführt werden müßte, um die vorhandenen Vorräte festzustellen, und daß mit der Obersten Seeresleitung Verhandlungen eingeleitet wurden. Das Volksernährungsamt habe weiter gefordert, daß ihm entsprechend große Gebiete für den Anbau von Frühgemüse und Frühkartoffeln überlassen werden. Da seit diesen Verhandlungen (anfangs Dezember 1917) geraume Zeit verlossen ist, so dürfte wohl der Herr Minister im Nennum Gelegenheit nehmen, über das Resultat dieser Verhandlungen zu berichten.“

Zum Schluß bringt der Bericht noch einen knappen Umriss des Ernährungswesens im Deutschen Reich, aus dem ersehen werden kann, in welcher Weise das Deutsche Reich die Organisation auf anderer Basis eingerichtet hat als Oesterreich, ohne gerade in allen Sachen glücklicher zu sein als wir. Der Budgetausschuß hat sich die Meinung gebildet, daß das gegenwärtige Ernährungsamt unzureichend arbeitet und daß eine Verbesserung der Organisation und der Funktion seines Apparats sehr wünschenswert wäre. Falls die Umwandlung des Amtes in ein Ministerium, selbstverständlich nur für die Dauer der Kriegszeit, angenommen würde, so verkamden die eingebrachten Resolutionen, daß diesem Ministerium in allen Fragen der landwirtschaftlichen Produktion, aber auch bei den Verhandlungen in Ungarn und im Balkanland sowie bei der Regelung der Uebergangswirtschaft ein entsprechender Einfluß eingeräumt werde.